

ANFRAGE von Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen), Marcel Burlet (SP, Regensdorf), Inge Stutz-Wanner (SVP, Marthalen)

betreffend Benken als grenzübergreifendes Atommüll-Lager?

Günther Oettinger, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und designierter EU-Kommissar für Energie hat gemäss Berichterstattung der Badischen Zeitung vom 15. Januar 2010 vor seiner Anhörung im Europaparlament gesagt, man sondiere die Möglichkeit, ein geplantes Atommüllendlager im Zürcher Weinland bei Benken gemeinsam mit der Schweiz zu nutzen. Diese Lösung werde in Baden-Württemberg bereits angedacht. Der angehende EU-Kommissar machte kein Geheimnis daraus, dass er eine grenzübergreifende Lösung bevorzugen würde.

Ausserdem sagte er aus, dass der erwartete Widerstand in der Schweiz geringer und die Genehmigung dort leichter zu erlangen sei. Diese Aussage wurde allerdings einen Tag später von Günther Oettingers Sprecher sowie von Schweizer Seite dementiert.

Trotz allen Dementis lässt diese Aussage aufhorchen und hinterlässt den Eindruck, dass hinter verschlossener Türe Gespräche in dieser Richtung geführt werden.

Wir ersuchen den Regierungsrat deshalb in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von grenzübergreifenden Gesprächen bezüglich gemeinsamer Nutzung eines Atommüll-Lagers? Falls Ja: Ist der Regierungsrat an solchen Gesprächen beteiligt?
2. Die Schweiz hat mit Deutschland mehrere offene Dossiers (Flugverkehr: Nordanflüge, A98/A81, Atommüll-Lager). Ist es denkbar, dass hinter verschlossenen Türen Paketlösungen vorbereitet werden?
3. Der Kanton Zürich, insbesondere die Regionen Weinland, Lägern Nord und Zürcher Unterland, könnten von möglichen Paketlösungen mehrfach negativ betroffen sein. Wie gedenkt sich der Regierungsrat einzubringen, damit «geheime» Verhandlungen ausgeschlossen werden können?
4. Bis heute gibt es weltweit noch kein Atommüll-Endlager. Die Schweiz ist zusammen mit Schweden bezüglich Standortwahl sehr weit fortgeschritten. Könnten die fortgeschrittenen Vorarbeiten in der Schweiz dazu führen, dass umliegende Länder die Schweiz für eine Abnahme von Atommüll unter Druck setzen könnten? Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen?
5. Den Aussagen Günther Oettingers ist zu entnehmen, dass bezüglich Atommüllfrage internationale Lösungen angestrebt werden. Ist es aus dieser Sicht und angesichts des hohen Gefahrenpotentials des Atommülls sinnvoll, ein Tiefen-Lager in einer der dichtest bevölkerten Regionen von Europa zu planen?

6. Günther Oettinger erwartet in der Schweiz nur geringen Widerstand gegen ein Atom-müll-Lager. Die Behörden des Kantons Schaffhausen haben per Gesetz die Pflicht, sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln gegen ein Atommüll-Lager zur Wehr zu setzen. Eine vergleichbare Verpflichtung gibt es im Kanton Zürich nicht. Das trägt offensichtlich dazu bei, dass der Widerstand grenzüberschreitend nicht genügend wahrgenommen wird. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat bzw. welches Konzept besteht, um den Widerstand in der Öffentlichkeit unüberhörbar zu kommunizieren?

Markus Späth-Walter
Marcel Burlet
Inge Stutz-Wanner